Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 76 (1969)

Heft: 8

Rubrik: Von Monat zu Monat

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von Monat zu Monat

Neue Hochkonjunktur

Nach den neuesten Statistiken hat sich in diesem Jahr das bereits letztes Jahr wieder festgestellte beachtliche *Wachstum der Wirtschaft* fortgesetzt. Neben der überdurchschnittlichen Entwicklung der Exporte beginnt sich nun immer wieder stärker auch eine Belebung der inländischen Nachfrage abzuzeichnen. Beim privaten Konsum stiegen die Detailhandelsumsätze im ersten Quartal 1969 um 5,6 % gegenüber 3,1 % im Vorjahr. Aber auch die Investitionen nehmen spürbar zu, was aus dem starken Anwachsen der Baubewilligungen hervorgeht. Die industrielle Tätigkeit nimmt ein beschleunigtes Tempo an. Fast überall wachsen die Bestellungseingänge schneller als die laufende Produktion. Die weiteren Aussichten der schweizerischen Konjunktur sind deshalb überaus optimistisch zu beurteilen. Vorläufig ist auch der Preisauftrieb noch mässig. Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Preisstabilität wieder vermehrt ins Wanken kommt.

Ein untrügliches Zeichen für den wachsenden Wohlstand ist auch die ausgeprägte Zunahme der schweizerischen *Automobilimporte.* Allein im ersten Quartal wurden 56 300 Motorwagen mit einem Gesamtwert von 342 Millionen Franken importiert. Das letztjährige Rekordergebnis wurde damit um 8500 Fahrzeuge überboten. So erfreulich diese Rekorde als Massstab für die Wohlstandsentwicklung sind, so wenig rosig erscheinen die daraus resultierenden Perspektiven für die Verkehrsverhältnisse auf unseren Strassen. Dass der Wohlstand der Schweizer solid ist, geht auch daraus hervor, dass die Konsumkreditverschuldung in der Schweiz mit 163 Franken pro Kopf der Bevölkerung eine der niedrigsten in Europa ist. In Grossbritannien erreicht sie 282 Franken, in Deutschland 209 Franken, in Frankreich 200 Franken und in den Vereinigten Staaten 2500 Franken.

Der *Konjunkturaufschwung in der Textilindustrie* hat sich im Jahre 1969 zu einem eigentlichen Boom entwickelt, nachdem schon das Jahr 1968 in vielen Sparten gute Resultate brachte. Auch für das Jahr 1970 wird noch ein guter bis sehr guter Geschäftsgang prognostiziert. Noch selten hat die Textilindustrie einen so langen Aufschwung erlebt. Auch Fachleute sind sich über die Hintergründe dieser ausserordentlichen Geschäftsbelebung nicht ganz klar; deshalb wird die längerfristige Entwicklung — bei aller Freude über den gegenwärtigen guten Geschäftsgang — doch mit einer gewissen Besorgnis betrachtet.

Erneuerung des Friedensabkommens in der Maschinenindustrie

Nach langen und teilweise schwierigen Verhandlungen ist das Friedensabkommen in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie im Juli, knapp drei Wochen vor seinem Ablauf, erneuert worden. Es wurde erstmals 1937 in kritischer Zeit — Krise der dreissiger Jahre und sich abzeichnender zweiter Weltkrieg — abgeschlossen und seither alle fünf Jahre erneuert. Das Friedensabkommen hat in den über 30 Jahren seines Bestehens dem Gedanken des Gesamtarbeitsvertrages in der Schweiz einen starken Auftrieb gegeben. Die Grundidee ist, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Interessenkonflikte durch Verhandlungen auf der Basis von Treu und Glauben austragen und lösen können, ohne dass dabei die sinnlosen Mittel des Streiks und der Aussperrung zu Hilfe genommen werden müssen.

In den dem Abschluss vorangehenden Verhandlungen erwuchs zeitweise die Gefahr, dass die Gewerkschaften diese Idee der Zusammenarbeit allzu sehr strapazierten und von den Arbeitgebern erwarteten, dass diese einen Frieden um jeden Preis abschliessen würden. Insbesondere forderten die Gewerkschaften auch eine Privilegierung der organisierten Arbeiter gegenüber den Nichtorganisierten. In diesem Punkte blieben die Arbeitgeber der Maschinen- und Metallindustrie fest; es wurde lediglich ein sog. Partnerschaftsfonds, hauptsächlich für berufliche Weiterbildung, geschaffen. Materiell brachte das Friedensabkommen neue Bestimmungen für die Ferien, Kinderzulagen, Krankenversicherung und über gewisse Freizügigkeitsleistungen in der Personalfürsorge. Bekanntlich werden die Löhne in der Metall- und Maschinenindustrie nicht durch das Friedensabkommen geregelt, sondern in jedem Betrieb individuell festgelegt. Für andere Branchen bedeuten die Zugeständnisse in der Maschinenindustrie, die als Exportindustrie in der Regel über eine gute Ertragslage verfügt, eine Belastung, indem die andern Gewerkschaften ihre Forderungen nach den Verbesserungen in der Maschinenbranche ausrichten werden. Andererseits hat das Friedensabkommen immerhin wesentlich dazu beigetragen, dass die Schweiz bis jetzt von schweren Arbeitskonflikten verschont blieb.

Gründe des Arbeitsplatzwechsels

Es ist meist sehr schwierig, von aus der Firma austretenden Angestellten und Arbeitern die Gründe für den Arbeitsplatzwechsel zu erfahren. Einer kürzlichen Untersuchung über die Gründe des Arbeitsplatzwechsels ist zu entnehmen, dass die Arbeitswegverkürzung als eine der wichtigsten Ursachen des Arbeitsplatzwechsels zu betrachten ist. In zweiter Linie folgen die Aufstiegsmöglichkeiten, während Lohnfragen erst an letzter Stelle genannt werden.

Gründe des Arbeitsplatzwechsels
(in % der Befragten)*

	Insgesamt	Arbeiter	Angestellte	gehobenes Kader
Arbeitsweg	34,7	34,5	31,7	43,0
Aufstiegsmöglichkeiten	29,1	26,3	36,0	39,5
Vorgesetzte	23,8	22,6	29,0	38,4
Arbeitsbedingungen	21,1	20,8	30,0	91,6
Bezahlung	12,4	10,9	15,0	11,6

* weil zum Teil mehrere Gründe angegeben wurden, übersteigt die Summe 100 %

Diese Erhebung gibt wichtige Hinweise auf die Gründe des Stellenwechsels. Allerdings sind die Resultate mit grosser Vorsicht zu beurteilen, da der hohe Prozentsatz beim Arbeitsweg doch etwas merkwürdig anmutet. Möglicherweise wird gegenüber dem Arbeitgeber dieser Grund genannt, weil damit keine Kritik an der Firma verbunden ist und man somit einer Auseinandersetzung über die Gründe des Wechsels aus dem Wege gehen kann. Allerdings müssen die zunehmenden Verkehrsschwierigkeiten doch dazu beigetragen haben, dass dieser Punkt viel wichtiger wird, als er früher war. Dazu kommt noch die oft vorhandene Unmöglichkeit, die Wohnung wechseln und in die Nähe des Arbeitsplatzes ziehen zu können. Im weitern wurde in dieser Untersuchung festgestellt, dass die Häufigkeit des Stellenwechsels am

grössten in der Altersgruppe der 20- und 29jährigen ist, dann bis etwa zum 40. Altersjahr zurückgeht und anschliessend konstant bleibt.

Ist St. Gallen kein Textilkanton mehr?

St. Gallen als klassischer Kanton der Textilindustrie hat in den letzten acht Jahren einen entscheidenden Strukturwandel durchgemacht. Die Metall- und Maschinenindustrie hat 1968 erstmals mehr Arbeiter beschäftigt als die Textilindustrie. Diese Entwicklung entspricht einer Tendenz, die noch nicht abgeschlossen ist. Der Anteil der beschäftigten Personen in der Metall- und Maschinenindustrie ist 1968 auf 38,6 % gestiegen und hat damit die Textil- und Bekleidungsindustrie mit 36,8 % vom Platz an der Spitze verdrängt.

Warnung vor Sonderwünschen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt und vor allem im Sektor der ausländischen Arbeitskräfte spitzt sich mehr und mehr zu. Die Entplafonierung der langjährigen ausländischen Arbeitskräfte führt in vielen Betrieben zu fast nicht mehr zu meisternden Schwierigkeiten. Es ist deshalb verständlich, wenn verschiedene Industriezweige die Bundesbehörden auf die bedrohliche Lage aufmerksam machen. Allerdings birgt die Kritik am geltenden System die Gefahr in sich, dass nach einem neuen System gesucht wird und möglicherweise eine Lösung zum Zuge kommt, die den «nicht-expansiven» Industrien noch weniger passt als die bisherige Regelung. Um das zu vermeiden, gilt es, in der nächsten Zeit alle Kräfte zusammenzufassen. Zu diesen grossen Sorgen einzelner Branchen bemerkt der Schweizerische Freisinnige Pressedienst in einem kürzlichen Communiqué über «Fremdarbeiterabbau und Strukturpolitik»: «Vollends unsinnig ist es, wenn jetzt einzelne Branchen anfangen, für sich Privilegien in Form zusätzlicher Fremdarbeiterkontingente zu verlangen, denn die Erfüllung solcher Forderungen wäre einzig unter der Voraussetzung möglich, dass die Behörden anderen Wirtschaftsgruppen eine entsprechende Anzahl Arbeitskräfte entziehen würden, um dennoch dem allgemein anerkannten Prinzip der Stabilisierung des Bestandes an erwerbstätigen Ausländern Genüge zu tun.»

Zu diesem Communiqué, dessen ganzer Ton nicht sehr viel Verständnis für die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Industrie vermuten lässt, ist zu bemerken, dass diejenigen Branchen, die den Bundesbehörden ihre Sorgen mitteilten, keine «Privilegien» wünschen, sondern lediglich eine Berücksichtigung besonderer Verhältnisse. Es liegt auf der Hand, dass sich in Branchen mit einem grossen prozentualen Fremdarbeiteranteil ganz andere Probleme stellen als in Sektoren mit weniger Fremdarbeitern, dass für Fabrikarbeit weniger leicht Personal zu gewinnen ist als für Dienstleistungsbetriebe, dass für Schichtbetriebe, insbesondere Nachtschichtbetriebe, besondere Schwierigkeiten vorliegen, und dass auch regionale Gegebenheiten verschiedene Ausgangslagen schaffen. Eine Berücksichtigung besonderer Verhältnisse ist noch keine unzulässige Strukturpolitik und entspricht lediglich einem Gebot der Gerechtigkeit. Zudem wollen diejenigen Branchen, die Sonderwünsche haben, gar nicht eine zusätzliche Zahl von Fremdarbeitern, sondern lediglich einen Ersatz für diejenigen, die in expansive Wirtschaftszweige abgewandert sind. Dort, wo mit Entplafonierten und erwerbstätigen Niedergelassenen Expansion getrieben wird, wäre ein Tadel anzubringen, nicht aber bei denjenigen Gruppen, die lediglich das bisherige unerlässliche Minimum an ausinländischen Arbeitskräften beanspruchen.

Im gleichen Communiqué ist am Schlusse bemerkt:

«Gewiss, das jetzige System der Fremdarbeiterrestriktionen hat die Grenze des Tragbaren erreicht und in Einzelfällen vielleicht schon überschritten, und es dürfte so gut wie sicher sein, dass die bisherige Methode der linearen Plafondreduktion aufgegeben und nach *neuen Lösungen* gesucht werden muss, wenn mit dem neu verfügten Abbau das Stabilisierungsziel nicht erreicht wird. Doch kann dies nicht durch die Befriedigung von Sonderkontingentswünschen, sondern letztlich nur auf dem Weg der weitern Liberalisierung geschehen.»

Hier wird eindeutig Stellung für die Fortführung der Entplafonierung oder sogar für die Einführung der sogenannten Globalplafonierung genommen. Aus Kreisen der Textil- und Bekleidungsindustrie ist im Gegensatz dazu immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die abrupte Einführung einer Globalplafonierung mit vollständiger Freizügigkeit aller ausländischen Arbeitskräfte verheerende Folgen haben könnte. Auch für wichtige andere Industriezweige wären die Konsequenzen dieselben. Es scheint, dass diese Presseveröffentlichung des Schweizerischen Freisinnigen Pressedienstes allzusehr dem Schlagwort der «Liberalisierung» Raum gibt, ohne dass die konkreten Folgen für grosse Teile der schweizerischen Wirtschaft näher bedacht worden sind.

R./H.

Kritisch beobachtet - kritisch kommentiert

Die Industrialisierung beginnt mit der Textilindustrie

Ende des vergangenen Jahres erschien das von Dr. Lorenz Stucki verfasste Buch «Das heimliche Imperium». Der Verfasser erwähnt einleitend, dass die Schweiz von Natur aus eines der ärmsten Länder der Welt ist — ausser Wasserkräften besitzt es praktisch keine Rohstoffe. Die Bevölkerungsdichte ist doppelt so gross wie in China und übertrifft siebenmal diejenige der USA. Nach ihrem Lebensstandard und Pro-Kopf-Einkommen aber ist die Schweiz eines der reichsten Länder der Welt. Im weitern schreibt Lorenz Stucki, dass während die europäischen Seemächte ihre Kolonialreiche errichteten, die schweizerischen Pioniere als abenteuerlustige und geschäftstüchtige Kaufleute und Gründer von anfangs winzigen Industrieunternehmen still und heimlich ein weltwirtschaftliches Imperium aufbauten. Ueber diesem Imperium wehten keine Schweizer Fahnen; keine Schweizer Kanonenboote sicherten seine Exportmärkte und Handelsbeziehungen, und gerade aus diesem Grunde konnte ihm auch die Entkolonisierung der letzten Jahrzehnte nur wenig anhaben.

In seinen fesselnden Ausführungen berichtet der Verfasser im Kapitel «Kleider machen Leute», wie das Spinnrad seit Urzeiten zum normalen Hausrat gehörte und der Webstuhl in jedem grösseren Bauernhof anzutreffen war. Das war der Anfang der Industrialisierung in der Schweiz, und die Regel zeigt, dass auch in den unterentwickelten Ländern immer mit dem textilen Industriezweig begonnen wird, also jenem Zweig, der bis anhin an wenigsten technisches Können, wenig ausgebildete Arbeitskräfte und wenig Kapital erforderte.